

## Presse-Information

Kiel, 19. Juli 2010

### **Reformpläne zum Gesundheitswesen Keine „Nullrunde“ für Ärzte Kassen kritisieren Ausnahmeregelung**

**Kiel.** Am 6. Juli hat Bundesgesundheitsminister Rösler die Eckpunkte der Bundesregierung zur Finanzreform der GKV vorgestellt. Das für 2011 in der gesetzlichen Krankenversicherung erwartete Defizit von rd. elf Milliarden Euro sollte von allen Beteiligten „geschultert“ werden. Neben höheren Beiträgen für Versicherte und Arbeitgeber sieht das Paket auch Ausgabenbegrenzungen bei Leistungserbringern und Krankenkassen vor.

Allerdings sollen die niedergelassenen Ärzte offensichtlich von dem Sparpaket weitgehend verschont bleiben. Nach einem Informationsschreiben des gesundheitspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, soll es „bei einem moderaten Zuwachs der Gesamtvergütung bleiben“. Dies sei notwendig, um den Anstieg der Morbidität sowie „die Vergütungsunterschiede zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen der verschiedenen Länder auszugleichen“, heißt es in dem Papier. Hierzu sind inzwischen erste Umsetzungspläne bekannt geworden, die auf millionenschwere Zusatzeinnahmen der Ärzte hinauslaufen.

Diese Ausnahme stößt nunmehr auf heftige Kritik der Krankenkassen. Sie befürchten dadurch einen Ausgabenanstieg von mehr als einer Milliarde Euro. „Allein die Angleichung der Vergütungsunterschiede würde über 620 Millionen Euro mehr kosten,“ befürchtet Schleswig-Holsteins AOK-Chef Dr. Dieter Paffrath. „Diese Zusatzbelastung trifft dann die Regionen, in denen die Vergütung bisher unter dem Bundesdurchschnitt ist. Das ist das falsche Signal“. Es sei überhaupt nicht nachvollziehbar, warum der Gesetzgeber dort jetzt höhere Einheitspreise verordnen wolle.

Dietmar Katzer, Leiter des Verbandes der Ersatzkassen e.V. (vdek) in Schleswig-Holstein, sieht durch eine solche Regelung die Symmetrie der geplanten Gesundheitsreform gefährdet. „Wer jetzt die Versicherten massiv belastet, darf den Ärzten kein zusätzliches Geld schenken“, so Katzer. „Damit wird die Akzeptanz der Eckpunkte weiter sinken“.

Nach ersten Berechnungen der Krankenkassen würden durch die geplante Angleichung der Gesamtvergütung in Schleswig-Holstein ca. 35 Millionen Euro Mehrausgaben anfallen. Das entspricht einer Steigerung der Gesamtvergütung um ca. 4,6 Prozent. Hinzu kämen die durch die Morbiditätsveränderungen bedingten Ausgabensteigerungen.

Beide Kassenvertreter fordern die Bundesregierung auf, „den Trend zu Einheitspreisen“ endlich zu beenden und die zur Ausgabenbegrenzung im Gesundheitswesen notwendige Nullrunde im nächsten Jahr „ohne Ausnahmen“ umzusetzen.

**Ansprechpartner:**

AOK Schleswig-Holstein, Direktion Pressestelle, Bernd Haindl, Tel.: 0431 / 605-1160; E-Mail: [presse@sh.aok.de](mailto:presse@sh.aok.de)

vdek Landesvertretung Schleswig-Holstein, Thomas Neldner, Tel.: 0431 / 97441-16; E-Mail: [thomas.neldner@vdek.com](mailto:thomas.neldner@vdek.com)